

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtleitung: Nachrichten Dresden
Verkehrs- und Sammelnummer: 10841
Kurs in Nachrichten: Nr. 10011
Schließung u. Ausgabe: 10:15 Uhr
Dresden - A. L. Wartenstr. 25/26

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2,40 Mk., (einschließlich 80 Pfg. für
Erträge), durch Postbezug 2,40 Mk., einschließlich 80 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr)
bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einseitige 30 mm
breite Seite 55 Pfg., die 40 mm breite 40 Pfg., Anzeigenzeilen und Zeilenanfänge ohne Inhalt
15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 80 mm breite Zeilenzeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg., Offerten-
gebühr 30 Pfg. Nichtentgeltliche Beiträge gegen Vorüberlassung

Druck v. Neumann Neudruck & Reichardt,
Dresden, Völkersgraben, 10/11 Treppen,
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Treppen, Nachdr.) zulässig, Unberichtigte
Schließung werden nicht aufbewahrt

Curtius will auf den Ratsvorsitz verzichten

Ein Tausch mit England wird angeregt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Dez. Im Auswärtigen Amt ist man in Erwägungen über die Frage eingetreten, ob es zweckmäßig sei, daß Deutschland auf der kommenden Völkerbundratsitzung die ihm zustehenden Geschäfte des Ratpräsidenten übernimmt oder ob es aus tatsächlichen Gründen darauf verzichten solle. Eine Entscheidung ist, wie wir hören, noch nicht gefallen, und die Frage dürfte wohl auch vor Anfang Januar nicht entschieden werden. Ueber die Gründe, die zu diesen Erwägungen geführt haben, verlautet folgendes:

In Genf wird ein Thema behandelt werden, das höchstwahrscheinlich zu mehr oder minder scharfen Zusammenstößen, insbesondere mit Polen und den ihm befreundeten Mächten, führen wird. In solchen Fällen ist der Ratpräsident dazu da, vermittelnd einzugreifen, und er ist durch die Pflicht, die ihm die Geschäftsordnung als Präsident auferlegt, gezwungen, persönlich weitgehende Zurückhaltung zu üben.

Da aber der deutsche Außenminister aus innen- und außenpolitischen Gründen alles daransetzen wird, in Genf einen Nachweis der Aktivität und auch der Fortschritt der deutschen Außenpolitik zu führen, glaubt Dr. Curtius, offenbar besser daran zu tun, auf das Ratpräsidentenamt zu verzichten.

Merkwürdig würde er damit den Wünschen der Polen, die kürzlich durch Süßlowan an den Völkerbund herangebracht worden sind, entgegenkommen.

Die Polen, weniger gehemmt durch Bräuche und nicht belastet mit diplomatischen Rücksichtnahmen, würden zweifellos gerade wenn sie das Ratpräsidentenamt hätten, so operieren, daß der Erfolg auf ihrer Seite läge. Sie haben sich offenbar nicht vorstellen können, daß ein deutscher Ratpräsident auf der kommenden Januartagung etwa anders handeln würde, und sie haben deshalb nichts unversucht gelassen, um Deutschland aus dem Ratpräsidentenamt hinauszudrängen. Es stehen sich also, wie aus dieser Sachlage wieder einmal hervortritt, nahezu zwei politische Welten gegenüber: der deutsche Diplomat, der in erster Linie auf Korrektheit und auf Loyalität selbst dort eingestrichelt ist, wo es sich praktisch um einen recht bedeutsamen Ausschnitt des Minutens und der polnische Diplomat, der, unbedenklich in der Wahl der Mittel und ohne Rücksicht auf Korrektheit, alles daransetzt, um seinem deutschen Gegenüber eine Position zu entwinden, die ihm für Polen gefährlich erscheint.

Man wird im deutschen Auswärtigen Amt eindringlich zu prüfen haben, ob die Erwägungen, die jetzt rund um

den Ratsvorsitz angestellt werden, tatsächlich und politisch richtig sind.

Sollte man dazu kommen, auf den Ratsvorsitz zu verzichten, so würde England an der Reihe sein. England wird in Genf durch seinen arbeiterparteilichen Außenminister Anderson vertreten werden, und in politischen Kreisen meint man, daß Anderson schon in Berücksichtigung der innerpolitischen Verhältnisse in Polen als Ratsvorsitzender an der Seite Deutschlands marschieren würde. Man verspricht sich von ihm nicht zuletzt deshalb eine sympatisierende Haltung, weil viele seiner Parteifreunde aus der englischen Arbeiterpartei eine Interpellation im englischen Unterhaus mit unterzeichnet haben, die sich scharf gegen das Vorgehen Polens in der Minderheitenfrage wendet. Es wäre aber wohl besser, wenn man sich in der Wilhelmstraße in dieser Beziehung nicht allzu großen Illusionen hingäbe.

Die englische Politik pflegt ihre Haltung nicht nach innerpolitischen Gesichtspunkten einzurichten, und schon oft genug haben wir es erleben müssen, daß Hoffnungen, die auf solche Argumente gestützt wurden, dann in der Praxis nicht gerechtfertigt waren.

Vielleicht würde Deutschland doch sicherer gehen, wenn es den Ratsvorsitz auch bei dieser Tagung beibehielte und ohne allzu große Rücksichtnahme auf geschäftsordnungsmäßige Empfindlichkeiten und bürokratische Bedenken für die Interessen des Völkerbundes in den abgetrennten Angelegenheiten eintritt. Ob freilich ein Mann wie Dr. Curtius dazu die inneren Voraussetzungen hat, steht auf einem anderen Platz.

Das Programm der Januar-Tagung

Berlin, 23. Dez. (Eig. Drahtmeldung.) Die Tagesordnung der nächsten Tagung des Völkerbundesrates, die am 19. Januar beginnt, ist am Montag veröffentlicht worden. Ihre wichtigsten Verhandlungsgegenstände, die deutsch-polnische Frage und die Freilassung des Territoriums der allgemeinen Abrüstungskonferenz, sind bekannt. Im ganzen enthält die Tagesordnung 31 Punkte. Außer den Beschwerden der deutschen Regierung stehen noch mehrere Beschwerden der Minderheiten zur Verhandlung. Ferner steht wiederum die deutsche Klage wegen der Verletzung des M. E. Statuts durch Litauen auf der Tagesordnung. Der Rat wird weiter über den Stand der Verhandlungen zwischen Polen und Litauen zu verhandeln haben. Der deutsche Vertreter wird über die Ergebnisse der letzten Wirtschaftskonferenz und die Arbeiten des Wirtschaftskomitees berichten. Auf der Tagesordnung steht auch die Neuwahl der Saarkommission. Hierzu kommt noch eine Reihe von Fragen geringerer Bedeutung.

3977000 Arbeitslose

Berlin, 23. Dez. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1930 hat sich die Bewegung am Arbeitsmarkt in der ersten Hälfte des Dezember in ähnlicher Weise fortgesetzt wie im vorigen Monatsabschnitt. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit aus überwiegend jahreszeitlichen Gründen hat weiter angehalten, jedoch wiederum nicht dasselbe Ausmaß erreicht wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger zeigen vom 30. November bis 15. Dezember eine Zunahme um rund 158 000 auf rund 1 946 000 in der Arbeitslosenversicherung, um rund 37 000 auf rund 603 000 in der Krisenfürsorge. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die Belastung dieser beiden Unterstützungseinrichtungen nur einen Ausschnitt aus dem Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit wiedergibt. In der entsprechenden Zeit des Vorjahres belief sich der Zugang an Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung auf 233 000, womit am 15. Dezember 1929 ein Stand von rund 1 433 000 erreicht wurde.

Die Zahl der Arbeitslosen (verfügbare Arbeitsuchende nach Abzug der noch in Stellung oder in Notstandsarbeit befindlichen) belief sich am 30. November auf rund 3,7 Millionen.

Bei der Zählung am 15. Dezember ergab sich ein Anstieg um rund 278 000 auf rund 3 977 000.

Die entsprechende Zahl Mitte Dezember des Vorjahres belief sich — nach einer Zunahme um rund 326 000 — auf rund 2 652 000. Ein nicht genau erfassbarer Teil der Ueberhöhung der Arbeitslosenziffer gegenüber dem Vorjahr beruht auf der besseren Erfassung der Wohlfahrtsverwerbslosen sowie auf dem von der wirtschaftlichen Not erzwungenen Andrang zahlreicher früher nicht als Arbeitnehmer tätiger Kräfte zum Arbeitsmarkt.

Von den einzelnen Landesarbeitsämtern haben die Bezirke Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Niedersachsen und Mitteldeutschland eine Zunahme in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger erfahren, die zum Teil erheblich über dem Reichsdurchschnitt liegt. Die Bezirke Weitalien, Rheinland und Sachsen haben sich in dieser Beziehung nicht unerheblich günstiger als der Reichsdurchschnitt entwickelt.

Ein Ablenkungsmanöver der Linkspresse

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 23. Dez. Um den Eindruck der Wiederkehr des Reichsministers Dr. Brüning im Streit mit Thüringen zu verwischen, bringt jetzt die Linkspresse sensationell aufgemachte Nachrichten über einen Hochverratsprozess gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels. Verschwiegen wird dabei, daß es sich hier um eine schon sehr alte Geschichte handelt. Ein solches Verfahren schwebt beim Reichsgericht nämlich bereits seit zwei Jahren. Dr. Goebbels soll sich durch Wort und Schrift des Hochverrats schuldig gemacht haben. Wie gering diese Angelegenheit offenbar beim Oberreichsanwalt bewertet wird, geht daraus hervor, daß, obwohl inzwischen bereits zwei Jahre vergangen sind, die Anklageschrift noch nicht fertiggestellt ist. Wie wir erfahren, ist auch zunächst noch nicht daran zu denken, daß weitere Schritte des Oberreichsanwalts in dieser Angelegenheit getan werden. Die Pressekampagne, die gegen Goebbels eingeleitet ist, dürfte also lediglich als Ablenkungsmanöver zu bewerten sein.

Die Sportpalast-Rundgebung des Herrn v. Müde

Berlin, 23. Dez. Zu der am 18. Dezember im Sportpalast in Berlin veranstalteten Versammlung des Kaiserlichen Kapitänleutnants a. D. und Offiziers der „Emden“, Herrn von Müde, hat der Abg. Kube (Natio.) im Preussischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht. Er saß darin, daß von Müde neuerdings der Sozialdemokratischen Partei nahestehe, und betont, die Versammlung im Sportpalast sei nur eine hohe Eintrittspreise zugänglich gewesen. „In diesem Vortrag“, so laßt der Abgeordnete weiter, „wie mir von verschiedenen Seiten aus dem Polizeipräsidium, aus Schutzpolizisten sowie aus Polizeirevierern mitgeteilt worden ist, kostenfreie Eintrittskarten verteilt worden. Ich frage das Staatsministerium: Wer hat die Berliner Polizeibeamten kostenlos verteilten Eintrittskarten zur Müde-Versammlung bezahlt? In welchem Dienstverhältnis steht Herr von Müde zur Berliner Polizei oder überhaupt zum preussischen Staat? Welche preussischen Mittel werden für weitere Vorträge des Herrn von Müde zur Verfügung gestellt?“

„Do. X“ ab 15. Januar startklar

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 23. Dez. Nach einer Mitteilung der Dornierwerke wird das Flugschiff „Do. X“ in Lissabon, wo zur Zeit die Reparatur des durch den Brand beschädigten linken Tragwerks im Gange ist, am 15. Januar wieder startklar sein. Die Besprechung, die Dr. Dornier inzwischen in Friedrichshafen mit dem Kommandanten Christianien und Flugkapitän Herz hatte, führte zur Festlegung der neuen Flugroute über Süd- und Mittelamerika nach New York. „Do. X“ wird also von Lissabon über die Kanarischen und Azorischen Inseln nach Natal in Südamerika fliegen, dann nach Rio einen Versuch abfliegen und von hier aus wieder Kurs nach Norden nehmen, um nach einer Zwischenlandung in Gabaona New York zu erreichen. Das Flugschiff nimmt von Lissabon Post nach Süd-, Mittel- und Nordamerika mit. Der Postdienst in Friedrichshafen wird noch bekanntgegeben.

Das Presseecho des Eugenbergs-Vorschlages

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Dez. Das Agrarproblem des deutschen Ostens ist nicht allein ein wirtschaftliches, sondern vor allem auch ein politisches. Infolgedessen ist an alle Vorschläge, die für die Rettung des deutschen Ostens, für die die Rettung der ostmärkischen Landwirtschaft Vorbedingung ist, gemacht werden, ein besonderer Maßstab anzulegen. Der Eugenbergsche Vorschlag, den wir heute veröffentlicht haben, hat den V. z. zunächst einmal das Grundrissliche hervorzuheben. Denn er geht von der Voraussetzung aus,

daß der deutsche Osten auch politisch verloren und nicht mehr zu retten ist, wenn man sich in kleinen Hilfsaktionen verzettelt, die, wie die Statistik erweist, den Zusammenbruch der Landwirtschaft nicht aufhalten vermögen.

Au aber erst einmal der deutsche Bauer gezwungen, seine Scholle zu verlassen, dann finden sich schon Kräfte und Kreise, die den deutschen Boden in Besitz nehmen, und daß gerade hierbei der V. z. mit seiner kulturrellen und sonstigen Ansehenslosigkeit in der Vorhand liegt, steht außer Zweifel. In Berücksichtigung dieser Tatsachen ist schon der Versuch des deutschnationalen Parteiführers Dr. Eugenbergs, das Problem in seiner Gesamtheit aufzureifen und Maßnahmen in Vorschlag zu bringen, die als eine große politische Aktion des Deutschen Reiches zur Rettung des deutschen Ostens anzusehen sind, außerordentlich zu begrüßen. Daß der Grundgedanke richtig ist, wird auch niemand bestreiten, und wenn sich jetzt die deutsche Öffentlichkeit mit diesem Vorschlag auseinandersetzen beginnt, so darf in keinem Falle der große nationalpolitische Hintergrund der Aktion vergessen werden. Wir sind in Deutschland gewöhnt, daß Vorschläge schon deshalb, weil sie von Persönlichkeiten der Rechten kommen, die wegen ihres Einflusses in der Mitte und auf der Linken gefürchtet und gehaßt sind, rundheraus abgelehnt werden. Nebenbei macht es sich die Berliner Linkspresse außerordentlich bequem, wenn sie den Vorschlag verhöhnt und im übrigen feststellen zu sollen glaubt, derartige Pläne schädigten den Realwert der landwirtschaftlichen Betriebe

des Ostens. Das sind zweifellos Rintzen, denn in ihrer jetzigen Lage hat die Landwirtschaft des Ostens in ihrer überragenden Mehrheit überhaupt keinen wirtschaftlichen Kredit mehr, sondern wenn sie Kredit bekommt, so handelt es sich auch heute schon um einen politischen Kredit.

Eine wichtigere Frage demgegenüber ist, ob sich der Vorschlag praktisch durchführen läßt, d. h. ob das Reich die Mittel aufzubringen in der Lage ist, die zur Durchführung eines so großartigen Sanierungswerkes nötig sind.

Die Not der ostdeutschen Landwirtschaft ist politisch bedingt, und man wird ihr nur mit politischen Mitteln, letzten Endes wohl auch nur mit einer aktiven Revisionspolitik, beikommen können.

Die „Germania“ meint zu diesem Vorschlag, daß die Summen, die für den Eugenbergschen Plan in Frage kämen, in die Milliarden gingen, die nur mittels einer Anleihe aufgebracht werden könnten, wenn nicht der verhängnisvolle Weg begangen werden sollte, durch inflationistische Methoden die Mittel zu beschaffen, und sie kommt zu dem Schluß, daß man die Gefundung der Landwirtschaft im Osten nur insoweit werde durchführen können, als andere Volksguppen durch dieses Hilfswerk nicht ungebührlich belastet würden und die deutsche Währung nicht gefährdet sei.

Die „Rossische Zeitung“ verhält sich dem Plane gegenüber scharf ablehnend. Sie befürchtet, daß die Gläubiger der ostdeutschen Landwirtschaft auf diese Weise zu kurz kommen könnten, und daß das vorgeschlagene Verfahren, die Ablosungsscheine lombardfähig bei der Reichsbank zu machen, inflationistische Wirkungen auslösen könne.

In ähnlicher Richtung bewegen sich die freilich auf parteipolitischer Basis entstandenen ersten Kritiken. Vorsichtiger und sachlicher ist dagegen die „Berliner Börsenzeitung“, die vom agrarpolitischen Standpunkt aus den Vorschlag wohl billigt und begrüßt und vom realpolitischen Standpunkt aus noch eine eingehendere Würdigung ankündigt.